

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherer.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate keine Aufnahme.

Das kriegerische Ringen.

Sechs Wochen sind vergangen seit dem Ausbruch des Krieges. Die deutschen Waffen haben ihre Überlegenheit über die französischen bewiesen, der Armee des Zaren empfindliche Schläge zugefügt und auch der englischen Regierung Achtung eingeholt. Trotzdem läßt sich heute kaum klarer in die Zukunft blicken als bei Beginn des Krieges. Das aber hat sich uns mit jedem Tage schärfer eingepreßt: wir durchleben eine Zeit, die in der ganzen Menschheitsgeschichte ihresgleichen nicht findet.

Nie hat ein Krieg diesen Umfang erreicht, nie hat einer das geistliche und wirtschaftliche Leben der Völker in der Weise erschüttert, nie mit größerer Spannung den Umwälzungen, die der Krieg im Gefolge haben wird, entgegengesehen worden. Uns Deutschen ist fobtel klar: Es geht ums Ganze!

Ob das alles so kommen muß? Ob es keinen andern Ausweg gab? Diese Frage steht heute nicht zur Entscheidung.

Die Kriegsgeschichte in den letzten Jahren ununterbrochen. Die Arbeiterschaft aller Länder suchte sie zu bannen. Ihre Kräfte reichten dazu nicht aus. Nach allem, was wir bis jetzt wissen, kann auch der deutschen Regierung nicht bestritten werden, daß sie ernstlich bemüht war, den Frieden zu ergatten. Und doch war der Krieg plötzlich da. Wehrten wir uns nicht, so wären die feindlichen Heere tief in unser Land eingedrungen, hätten es verüffelt, seine Kultur, sein Volkstum zerstört, seine Einheit angefaßt. Alle Angehörigen des deutschen Volkes ohne Unterschied der sozialen Stellung hätten die Pflicht, sich gegen diese Gefahr zu erheben. Ein von Karl Marx 1870 geprägtes Wort erfüllt sich jetzt aufs neue: „Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen hat eingesehen, daß es sich um die nationale Existenz in erster Linie handelt und ist darum eingesperrt.“

Auch vom besondern Standpunkt der Arbeiterbewegung aus ergab sich ohne weiteres die Notwendigkeit, für das eigene Land einzutreten. Jean Jaurès hat in Uebereinstimmung mit Karl Marx einen unansehnlichen Gedanken so formuliert: „Niemand wird ein Proletariat, das der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und damit auch der Verteidigung seiner eigenen freien Entwicklung entfast hätte, die Kraft besitzt, den Kapitalismus zu befragen, und wenn es, zum Trost des Kapitalismus, widerstandslos auch noch das Joch des Eindringlings auf seinen Rücken genommen haben wird, wird es nicht einmal die Versuchung mehr fühlen, sein Haupt zu erheben.“

Groß sind die Opfer, die der Krieg uns allen auferlegt. Abgesehen von der Gruppe der Kämpfungsleiter, deren Weizen in Kriegeszeiten am üppigsten blüht, und der gewissenlosen Lebensmittelmacher müssen auch die Besten des Volls bringen, größere als je geahnt haben mögen. Am härtesten prellt sich der Krieg gegen die Arbeiterklasse. Entbehrung und Not macht sich schmerzhaft als je breit. Der Hunger über den Verlust eines Lieben, meist des Ernährers, stellt sich in vielen Familien ein. Schon jetzt, da erst ein Bruchteil der Verlustlisten vorliegt, müssen wir uns damit abfinden, daß so mancher gute Freund, treue Kamerad und alte Kampfgenosse vom Kriegsschauplatz nicht wiederkehrt. Einer aber ragt unter den Opfern hervor, gleichsam als die Verkörperung aller: Ludwig Frank.

Ein unerlöschlich hartes Schicksal hat diesen wunderbaren Menschen getroffen. Er, der wie kein anderer in der deutschen Arbeiterbewegung tätig war, hat sich einer französischen Feindin ergeben. Ludwig Frank war, wie jetzt mitgeteilt werden darf, der Urheber der deutsch-französischen Verständigungskonferenz in Bern. Mit Willant, dem Vertreter der Pariser Kommune, vereinbarte er die Einladung zu der Konferenz, von Jaurès, seinem Freund und politischen Lehramtmeister, wurde er aufs kräftigste unterstützt.

Das Leben Frankens gestaltete sich nicht minder tragisch wie das des großen französischen Genies, der sich nicht minder fanatisch der Völkerverehrung geweiht wurde.

Ein mit unerschöpflichen Gaben ausgestattet, ein Kämpferleben, das der deutschen Arbeiterklasse viel gegeben hat und noch größeres zu vollbringen berufen schien, ist mit Frank auf dem Schlachtfeld niedergestreckt worden. Ein Gleicher unter Gleichen, denn er stand als Freiwilliger in Reich und Welt und wehrte jeden Liebesdienst, jede Erleichterung, die ihm persönlich zugebracht war, ab. Und doch ein Einziger in seiner Art. Einer der Besten und Tüchtigsten, die je der deutschen Arbeiterklasse als Führer dienten. Seine glänzenden Fähigkeiten traten schon hervor, als er noch das Gymnasium besuchte. Die Begeisterung für die sozialistischen Ideen erhellte ihn als Student. Als er aber die Vorbereitung auf seinen Rechtsanwaltsberuf abgeschlossen hatte, drängte es ihn hinein ins öffentliche Leben, in dem er bald eine überragende Stellung einnahm. Wie er die ersten Anfänge der proletarischen Jugendbewegung ins Leben rief, dann durch das Vertrauen der Arbeiter zunächst in die Mannheimer Stadtvertretung, bald auch in den hiesigen Landtag und den Reichstag und eine seltene rechnerische Befähigung das Auge des gesamten deutschen Volkes auf sich lenkte, braucht in diesem Augenblick nicht des näheren dargestellt zu werden. Rasch drang er glänzende Berufspraxis über den Rhein ins Ausland. Seine Beziehungen zu den führenden Männern der Arbeiterbewegung nicht nur Frankreichs, sondern aller modernen Staaten. Wie er als gefeierter Redner die Ideen des Sozialismus in allen Hauptstädten des europäischen Weltens fest und verständig hatte, so galt er in diesen Gerisps der Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten von Amerika die Wege weisen, die von der deutschen Arbeiterschaft erfolgreich beschritten worden. Der Ausbruch des Krieges bereitete den Plan, und das tödliche Blei, das unsern lieben guten Freund in dem ersten Gefecht traf, an dem er teilnahm, schloß ihm für immer den Mund.

Nicht nur die sozialdemokratische Partei, auch die Gewerkschaften triffen durch den Tod Frankens ein schwerer Schlag. Der besondere Zug seines Wesens, bei aller vorwärtsstrebenden Kampflust die politische

Klugheit, die das Erreichbare nüchtern abwägt, nicht aus dem Auge zu lassen, der Sinn für die aus der praktischen Wirklichkeit sich ergebenden Kampfesbedingungen machten Ludwig Frank zu einem warmen Freund und Förderer der Gewerkschaftsbewegung. Viele Gewerkschaftsversammlungen hat er mit seinen lichtvollen und geistreichen Vorträgen erfreut, in mancher kritischen Lage ist der zuverlässige Rat des scharfsinnigen Juristen unseren Kollegen von Nutzen gewesen.

Doch weit über seine Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hinaus erstreckten sich die geistigen Bestrebungen Frankens. Seine umfassende lebenslange Bildung führte ihn in die Gebiete der Kunst und der Wissenschaften. Und diese gesamte Wirksamkeit des ausgezeichneten Mannes wurde überstrahlt durch Güte, Milde und Freundlichkeit.

Es gereicht zugleich all den namenlosen Proletariaten, die neben Frank ihr Blut auf dem Schlachtfeld vergossen, zur Ehre, wenn wir der Vorzüge des Großen gedenken, den sie sich in ihrem politischen und wirtschaftlichen Ringen als Führer erkoren hatten. Mit dem Schmerz über den erlittenen Verlust verbindet sich der Stolz, daß ein so vornehmer Mensch als Bannerträger der Arbeiterklasse im Kampfe für den Bestand des Vaterlandes gefallen ist.

Man wird viele Vermissten, wenn der Krieg sein Ende erreicht. Frank aber wird man doppelt vermissen. Die großen Veränderungen, die dieser Krieg im politischen und wirtschaftlichen Leben der Völker mit sich bringt, werden nicht spurlos an der Arbeiterbewegung vorbeiziehen. Nicht die Verdrängung des Lebens, nicht die Preisgabe grundlegender Ziele wird in Frage kommen, wohl aber werden sich Aufgaben in den Vordergrund drängen, deren glückliche Lösung das höchste Maß von Kraft, der Weisheit, Klugheit und Treue erfordert. Die hochere Zeit, die der Weltkrieg uns gebracht, wird sich mit seinem Abschluß ihr Ende nicht erreichen. In dieser ersten Zeit auf die führende Mitarbeit Ludwig Frankens verzichten zu müssen, ist tief schmerzhaft. Demühen wir uns daher, den Geist Frankens dauernd unter uns lebendig zu erhalten.

Unser Verband in der dritten Kriegswoche.

In Nr. 37 der Metallarbeiter-Zeitung ist eine Aufstellung über die Mitgliederbewegung in den ersten drei Wochen nach Ausbruch des Krieges gegeben worden. Diese Aufstellung konnte aus verschiedenen Gründen auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen. Es waren nur 330 Verwaltungsstellen erfasst worden. Die Zahlen in der folgenden Tabelle beruhen nun auf Angaben von 398 Verwaltungen, es haben also nur einige wenige Verwaltungen keine Berichte gesandt. Von einem Teil dieser Verwaltungen ist dazu noch anzunehmen, daß sie überhaupt nicht berichten können, weil sie vom Verkehr abgeschnitten sind. In den 398 berichtenden Verwaltungen waren zu Anfang der Berichtswoche 408 377 Mitglieder. Zum Militär sind abgerechnet 1146; der Gesamtabgang beträgt somit 23 839. Am Schlusse der Woche waren noch vorhanden 382 538 Mitglieder. In den ersten drei Kriegswochen sind 121 550 Mitglieder abgegangen, davon 110 198 zum Militär; es sind in den drei ersten Kriegswochen also 131 891 Mitglieder unseres Verbandes zu den Fahnen gerufen worden. Das sind bei Zugrundelegung der Mitgliederzahl vom 1. Juli dieses Jahres 24,3 Prozent.

Die Mitgliederzahl und der Abgang in den elf Bezirken des Verbandes ist untenstehender Aufstellung zu entnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen ist bei der Zählung vom 1. September dieses Jahres auf 76 711 festgestellt worden. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen sicher höher. Berichte liegen nur von 381 Verwaltungen mit 357 164 Mitgliedern vor; über rund 26.000 Mitglieder wurde nicht berichtet. Auch dürfte sich ein Teil der nichtberufsberechtigten Arbeitslosen nicht gemeldet haben. Das ergibt sich schon aus der geringen Differenz zwischen der Gesamtzahl der Arbeitslosen und der Zahl der bezugsberechtigten Arbeitslosen. Diese beträgt laut untenstehender Aufstellung 75 407; das sind 19,7 Prozent der am Schlusse der dritten Kriegswoche noch vorhandenen Mitglieder. Der Zahl nach hat die meisten Arbeitslosen der vierte Bezirk, an zweiter Stelle folgt Berlin. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl sind die meisten Arbeitslosen im achten, neunten und zehnten Bezirk ermittelt worden. Die wenigsten Arbeitslosen sind im ersten und sechsten Bezirk. In diesen beiden Bezirken haben sehr viele Arbeiter bei der Küstenbefestigung und auf den Werften Stellung gefunden.

Übersicht über die Zeit vom 16. bis 22. August 1914.

Bezirk	Wahlberechtigte	Mitglieder am 1. Sept.	Mitglieder am 22. Aug.	Davon zum Militär eingezogen	Mitglieder am 22. Aug. abg.	Davon bezugsberechtigt	Arbeitslosen	Verhältnis
1. Bezirk	25	8769	324	266	8445	690	8,2	6379
2. "	20	10653	1160	1098	9493	1363	14,3	10970
3. "	34	12288	464	391	11824	2584	21,8	17089
4. "	65	68950	2758	2446	67197	16734	24,9	100299
5. "	76	48549	3684	3216	44565	6517	14,5	49758
6. "	37	48936	2303	1778	46733	3770	8,1	21100
7. "	39	49028	3401	2658	45627	8013	17,6	40933
8. "	28	20626	1537	1264	19089	5842	27,9	21793
9. "	47	37578	4727	4069	32851	8825	26,8	56331
10. "	36	33800	1269	1197	32551	10164	31,2	49263
11. "	1	68200	4317	3870	63933	11405	17,8	63936
Zus.	398	408377	25839	21698	382538	75407	19,7	436752

Die Angabe für Arbeitslosenunterstützung hat sich bedeutend erhöht; es kamen in der dritten Kriegswoche 436 752 \mathcal{M} zur Auszahlung gegen 336 771 \mathcal{M} in den zwei ersten Kriegswochen. Es sind also in den ersten drei Kriegswochen bereits über 1/2 Millionen \mathcal{M} an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mannschaften durch den Staat und die Gemeinden.

IV.

Mit der Ausgabe dieser Nummer der Metallarbeiter-Zeitung schließen wir die Veröffentlichungen über die Unterstützungs-Einrichtungen für die Familien der Kriegsteilnehmer ab, weil nunmehr über die meisten von unserer Umfrage erfassten Gemeinden berichtet worden ist. Um jedoch den Verwaltungen ein handliches Nachschlagebuch zur Verfügung zu stellen, wird der Vorstand das Resultat der Umfrage in einer kleinen Broschüre zusammenfassen und diese sobald als möglich herausgeben. Der Preis der Broschüre kann allerdings noch nicht angegeben werden; er wird jedoch in mäßigen Grenzen gehalten werden, um den Vertrieb unter den Mitgliedern und sonstigen Interessenten zu ermöglichen.

Wir bitten, die bisher veröffentlichten Unterstützungsbeiträge der Gemeinden auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen und diese sorgfältig richtigzustellen sowie Veränderungen an den ursprünglichen mitgeteilten Sätzen nach hier mitzuteilen.

Für diejenigen Verwaltungen, für deren Orte über die Unterstützungs-Einrichtungen nicht berichtet wurde, sei bemerkt, daß in der herauszugebenden Broschüre die fehlenden Orte mit den getroffenen Einrichtungen vermerkt sein werden. Ebenso werden die Namen derjenigen Gemeinden, in deren Wirkungsbereich sich eine Verwaltungsstelle eines Kriegsteilnehmers befindet und die nichts für die Familien der Kriegsteilnehmer getan haben, in der Broschüre Aufnahme finden.

Dagegen werden wir diejenigen Gemeinden, die Fürsorge-Einrichtungen für Arbeitslose und für tageweise mit der Arbeit aussehende Arbeiter getroffen haben oder noch treffen, auch fernerhin im Verbandsorgan bekanntgeben.

Nachdem gemäß einer Gesamtunterstützung von monatlich 26 \mathcal{M} für die Ehefrau, 10 \mathcal{M} für je 1 Kind, für den einzigen Ernährer von Vater und Mutter 40 \mathcal{M} im Monat, für Geschwister 10 \mathcal{M} . In besonderen Fällen können diese Sätze überschritten werden. Die Gesamtunterstützung beträgt somit für:

eine Ehefrau mit 1 Kind	36,— \mathcal{M} pro Monat
" " " 2 " "	55,— " " "
" " " 3 " "	96,— " " "

Brandenburg zahlt einschließlich der Reichsunterstützung 20 \mathcal{M} pro Monat an die Ehefrau eines Wehrmannes. Die Gesamtunterstützung beträgt somit für:

eine Ehefrau mit 1 Kind	36,— \mathcal{M} pro Monat
" " " 2 " "	55,— " " "
" " " 3 " "	96,— " " "

Bielefeld leistet eine Gesamtunterstützung nach folgenden Grundlagen:

Zahl der Unterstüßungsberechtigten	Höhe der Unterstüßung pro Monat	Eigenes Einkommen und private Unterstüßungen werden zur Hälfte des Wehrtrags angerechnet, wenn sie monatlich übersteigen
Ehefrau, alleinstehend	28 \mathcal{M}	8 \mathcal{M}
1 unterstüßungsberechtigte Person	18	10
2 " " " " "	34	12
3 " " " " "	38	14
4 " " " " "	42	16
5 " " " " "	44	18
6 " " " " "	46	20
7 " " " " "	48	22
8 " " " " "	58	24
9 " " " " "	63	—
10 " " " " "	69	—

jede weitere unterstützungsberechtigte Person je 6 \mathcal{M} mehr. Die Hälfte der in letzter Spalte aufgeführten Sätze wird nur angerechnet, wenn dieser Wehrbeitrag mehr als 6 \mathcal{M} monatlich ausmacht. Es findet also erst von einem monatlichen Einkommen von 14 \mathcal{M} an eine Kürzung der Unterstützung um $\frac{14}{2} = 7 \mathcal{M}$ statt, so daß die Unterstützung für eine Frau mit 3 Kindern 31 \mathcal{M} pro Monat beträgt.

Außerdem ist die Gewährung eines Mietszuschusses an die Familien der Kriegsteilnehmer und andere durch den Krieg in Not geratene Personen in Aussicht genommen. An Familien mit kleinen Kindern wird gratis Milch verabfolgt.

Wohnum leistet einen Zuschuß von 66 2/3 Prozent zur Reichsunterstützung. Die Gesamtunterstützung beträgt für:

eine Ehefrau mit 1 Kind	25,— \mathcal{M} (März-Oktober)	30,— \mathcal{M} (November-April)
" " " 2 " "	45,— " " "	50,— " " "
" " " 3 " "	75,— " " "	80,— " " "
" " " 4 " "	95,— " " "	100,— " " "

Brandenburg gewährt einen Zuschuß von 33 1/3 Prozent für die Ehefrau und 10 Prozent für je 1 Kind. In Nr. 37 war Brandenburg mit 66 2/3 Prozent angegeben, was richtiggestellt wird. Die Gesamtunterstützung beträgt somit für:

eine Ehefrau mit 1 Kind	19,— \mathcal{M} (März-Oktober)	23,— \mathcal{M} (November-April)
" " " 2 " "	33,— " " "	37,— " " "
" " " 3 " "	53,— " " "	58,— " " "

Bremen zahlt auch die Unterstüßung von 11 \mathcal{M} für die Ehefrau und 3 \mathcal{M} pro Kind. Die Gesamtunterstützung beträgt somit für:

eine Ehefrau mit 1 Kind	29,— \mathcal{M} (März-Oktober)	32,— \mathcal{M} (November-April)
" " " 2 " "	47,— " " "	50,— " " "
" " " 3 " "	74,— " " "	77,— " " "

Burgbrunn und Durlach bei Karlsruhe gewähren einen Zuschuß von 66 2/3 Prozent zur Reichsunterstützung. Die Gesamtunterstützung beträgt somit für:

eine Ehefrau mit 1 Kind	29,— \mathcal{M} (März-Oktober)	32,— \mathcal{M} (November-April)
" " " 2 " "	47,— " " "	50,— " " "
" " " 3 " "	74,— " " "	77,— " " "

Korrespondenzen.

Metallarbeiter.

Harburg a. O. Unsere Verwaltungsstelle zählte während der letzten zwei Jahre ungefähr 1900 Mitglieder. Von diesen sind bis zum 5. September dieses Jahres 485 zum Heer einberufen worden. Davon kamen als noch nicht verwendbar 68 zurück, so daß beim Heer 417 Mitglieder verblieben. Von diesen 417 Mitgliedern sind verheiratet 273, ledig 140, zurzeit nicht feststellbar 14. Die eingezogenen verheirateten Mitglieder haben 431 Kinder. Der Umfang der letzten Arbeitslosigkeit gegen früher ist aus folgendem erkennbar: Bei 1900 Mitgliedern zählten wir am 1. Januar dieses Jahres 49 arbeitlose Mitglieder, am 1. April 43, am 1. Juli 48. Im ersten Quartal dieses Jahres hatten wir 229 Arbeitslosigkeitsmeldungen, im zweiten Quartal 249. Vom 1. Juli bis zum 15. August, also in der Hälfte des letzten Quartals, zählten wir bereits 264 Meldungen. Vom 1. Juli bis zum 5. September haben wir deren 386. Seit der Mobilmachung ist nun unsere Mitgliederzahl außer durch die 417 zum Heer eingezogenen Kollegen auch sonst noch um 98 zurückgegangen, so daß wir zurzeit nur 1385 Mitglieder zählen. Dies ist bei der folgenden Aufstellung, soweit August-September in Frage kommen, besonders in Betracht zu ziehen. Der höchste Stand der Arbeitslosigkeit war:

	1913	1914	
Januar . . .	49	69	bei 1900 Mitgliedern
Februar . . .	43	68	
März	60	60	
April	54	46	
Mai	61	55	bei 1385 Mitgliedern
Juni	47	55	
Juli	38	66	
10. August . .	41	94	
20. August . .	46	124	
30. August . .	57	170	
5. September .	69	180	

Hohenimburg. Der Wert der gewerkschaftlichen Organisation. Um zu zeigen, wie wertvoll die gewerkschaftliche Organisation unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Arbeiter ist, und um gleichzeitig den Patriotismus verschiedener Unternehmer ins rechte Licht zu rufen, wollen wir über Vorfälle berichten, die sich auf den vereinigten Walz- und Röhrenwerken zugetragen haben. Am 21. August veröffentlichte die Firma folgenden **U s e - h a n g**: „Wir sehen uns gezwungen, die Abschläge und bisberigen Tagelohn bis auf weiteres außer Achtlassen zu setzen, und müssen das geringe Arbeitsquantum so verteilen, daß wir dem verbleibenden Rest unserer Leute eine gleichmäßige, wenn auch geringere Verdienstmöglichkeit nach Möglichkeit zu sichern, eine Garantie können wir nicht übernehmen. Aus diesem Grunde müssen wir die neu in Arbeit zu gehenden Quanten in Tagelohn senken lassen, und werden die Tagelohnsätze von den Meistern jedem einzelnen bekannt gegeben. Damit keinerlei Mißverständnisse eintreten können, werden jedem einzelnen Mann diesbezügliche Formulare zur Unterschrift vorgelegt. Woher, König.“ Den Arbeitern sind dann die Löhne auf 2 M. bis 3,75 M. herabgesetzt worden. Außerdem mußten sie einen Revers unterschreiben, der die tägliche Kündigung vorsah. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Lage nahmen die Arbeiter dies Anerbieten an. Das ermutigte die Firma zu weiteren Maßnahmen. Am 28. August gab sie bekannt, daß die Arbeiter nicht mehr im Tagelohn, sondern im Lohn mit 25 Prozent Abzug ausbezahlt werden sollten. Die Arbeiter erklärten dagegen, daß sie wohl bereit seien, für die Familien der im Felde stehenden Kollegen Opfer zu bringen und deshalb einen bestimmten Prozentsatz ihres Lohnes für diesen Zweck abzugeben. Dieses Angebot wurde von der Direktion zurückgewiesen und den Arbeitern wurde bedeutet, wer mit den neuen Arbeitsbedingungen nicht einverstanden sei, der könne sich ja seine Papiere geben lassen. Daraufhin legten die Leute die Arbeit nieder, und die Direktion, die wohl anfangs geglaubt hatte, mit den Arbeitern leichtes Spiel zu haben, sah sich genötigt, den Abzug von 25 Prozent und die tägliche Kündigung zurückzunehmen. Auf Vorschlag ihrer Organisationsleitung nahmen die Arbeiter die Arbeit in vollem Umfange wieder auf. Die Arbeiter sehen an diesem Beispiel, daß die gewerkschaftliche Organisation selbst in diesen schlechten Zeiten wesentliches leisten kann, wenn sie geschlossen hinter ihr stehen. Sie mögen daraus die notwendigen Lehren ziehen.

Mallwitz. Ist das auch Patriotismus? Als die Mobilmachung erfolgte, da hatte der Inhaber der Internationalen Metallwerke den zum Heer einberufenen Arbeitern versprochen, ihre Familien zu unterstützen. Obwohl die Unterstützung nur in der Abgabe von einigen Zentnern Kartoffeln bestehen sollte, so war es doch immer eine Hilfe. Nun hat es sich jedoch herausgestellt, daß diese versprochene Hilfe des Herrn S i n d e r m a n n nur teilweise erfüllt wurde. Anstatt daß jede Familie einen Zentner Kartoffeln erhielt, gab es nur einige Pfund. Es ist ja auch möglich, daß Herr S i n d e r m a n n nur für die gesamten Familien der zu den Fabrik einberufenen Arbeiter einen ganzen Zentner Erbsäpfele bewilligt hatte. Wenn nur schon diese angekündigte Wohlthat verschiedenen Leuten zum Staunen Veranlassung gab, so sollten die weiteren Handlungen dieses Unternehmers es noch mehr tun. Bald nach der Mobilmachung teilte er den noch beschäftigten Arbeitern mit, daß er gezwungen sei, die bestehenden Abschläge und die Löhne zu verringern, da die gegenwärtige schlechte Geschäftslage diese Kürzungen notwendig macht. Auch sollten diese Abzüge dazu dienen, daß die Familien, deren Ernährer zum Militär einberufen sind, unterstützt werden. Daß diese Maßnahme unter der Arbeiterchaft große Erbitterung hervorgerufen hat, ist ohne weiteres begreiflich. Schon oftmals hat die Arbeiterchaft bei den Internationalen Metallwerken die „schlechte Geschäftslage“ zu spüren bekommen. Es ist nicht das erstemal, daß Herr S i n d e r m a n n mit dem Hinweis darauf versucht, die Abschläge zu verringern. Aber nun auch jetzt dieselbe zu tun und dann noch den großen Wohlthäter zu spielen, ist doch eine Handlung, die nicht jeder verstehen dürfte. Bei der letzten Lohnzahlung hat es sich herausgestellt, daß manche Arbeiter einen Verlust bis zu 14 M. für zwei Wochen hatten. Zusammen genommen haben die Arbeiter bei dieser Firma 250 M. in zwei Wochen weniger bekommen, als sie nach den bisherigen Abschlägen und Löhnen zu beanspruchen haben. Unter diesen Umständen kann man behaupten, daß die Firma ein ganz gutes Geschäft auch noch in der jetzigen Zeit auf Kosten der Arbeiter zu machen versteht. Wenn weiter berechnet werden könnte, was für eine Summe die Internationalen Metallwerke oder deren Inhaber für die durch den Krieg in Not geratenen Familien bisher gegeben hat, so würde es sich vielleicht herausstellen, daß diese Summe ganz oder mindestens zum größten Teil die Arbeiter bezahle. Jedenfalls ist es aber durch diese ganz bedeutenden Lohnabzüge möglich, daß die Firma Ausgaben für „wohlthätige Zwecke“ ganz oder teilweise decken kann. Wie uns mitgeteilt wird, gehört Herr S i n d e r m a n n zu der Komposition, die sich zur Unterstützung der Kriegerfamilien gebildet hat.

Schwenningen a. N. Der Krieg und die Uhrenindustrie. Es war ja vorauszu sehen, daß der Krieg die verschlechten Industriezweige hart mitnehmen und besonders die Arbeiterchaft der bittersten Not preisgeben würde. Allein es gibt Industriezweige, die entweder keine Luxuswaren herstellen oder deren Absatzgebiete gerade die mit uns in blühiger Fehde stehenden Länder sind, und die daher fürs erste völlig ungeschädigt wurden. Zu diesen gehört auch die Uhrenindustrie. Obwohl wir die schlimmeren Lage der Industriellen nicht verkennen, überrascht es doch allgemein, daß gleich vom ersten Mobilmachungstage an alle Betriebe vollständig geschlossen wurden. Der Arbeiter wurde erklärt, daß vorläufig nicht gearbeitet werde. Man fand sich wohl damit, und schied die Maßnahmen der allgemeinen Aufregung zu, die in den ersten Tagen überall herrschte, und hoffte, daß in acht oder vierzehn Tagen wieder gearbeitet würde, wenn auch bei vermindertem Arbeitszeit. Jedoch die Herren Uhrenfabrikanten, besonders die großen

und größten, die in Schwenningen sitzen, sind eine ganz besondere Art von Unternehmern, die sich weder um berechtigende Wünsche der Arbeiter, noch um die Wagnisse der übrigen Unternehmerrunden kümmern. Man sollte auch meinen, daß die Lieferanten die Arbeiter der Zeitungslesen. Wäre dies der Fall, dann müßten sich die Herren doch ein klein wenig schämen; denn dieses Organ, das sonst gewiß nicht arbeiterfeindlich schreibt, empfiehlt dringend die Aufrechterhaltung der Betriebe, da ihre Schließung schlimme Folgen im Innern des Landes nach sich ziehen könne. Wenn auch die Ausführung für einige Abgabebereite unterbunden ist, so doch nicht für alle; ferner ist auch damit die Schließung der Betriebe noch nicht zu rechtfertigen, denn in Zeiten wirtschaftlicher Krise wird doch auch oft länger als drei Monate auf Vorrat gearbeitet. Dazu kommt noch, daß es auch unter den Uhrenfabrikanten einige rühmliche Ausnahmen gibt. So arbeitet die Firma Gebr. Jungbans in Schwenningen von Anfang an und ihr Schwenninger Betrieb von dieser Woche an, wenn auch nur drei Tage in der Woche. Ebenso läßt die Firma Schenker-Grusen seit Mitte August wieder arbeiten. Wir lassen nun einige Beispiele folgen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie Emporkömmlinge, die zum größten Teil noch vor 20 Jahren arme Leute waren, um das Wohl ihrer Arbeitervölker besorgt sind. Allen voran ist die Firma Schenker & Kienle mit ihren rund 1500 beschäftigten Personen — das heißt beschäftigt gewesen. Nachdem die erste Aufregung vorüber war, wurde einer kleinen Zahl von Arbeitern mitgeteilt, daß sie wieder arbeiten könnten, aber nur die Hälfte ihres Lohnes bekämen. Als später die Zahl der Beschäftigten größer wurde, erklärte man diesen, daß sie nur zu einem Drittel des Lohnes ausbezahlt erhielten, denn die Betriebskosten könne doch der Fabrikant nicht allein tragen. Die Arbeiter protestierten nun gegen eine solche Schädigung und erhielten darauf die Zusicherung, daß der Abzug nur ein Fünftel betragen soll, womit sie sich denn auch zufrieden gaben. Dasselbe Firma errichtete im Jahre 1907 eine Unterstützungskasse, wozu bei der Gründung von Herrn Kommerzienrat Kienle die Summe von 2000 M. gestiftet wurde. Die männlichen Mitglieder bezahlten 40 und die weiblichen 20 S. Wochenbeitrag. Dafür sollte nach dem Statut den Mitgliedern im Falle einer Erkrankung oder der Erwerbsunfähigkeit im Alter eine adäquate Unterstützung gemährt werden. Als nun am 14. August in der Redarquelle ein Eingekandt erschien, worin die Angehörigen der ins Feld gezogenen Arbeiter der Firma aufgefordert wurden, ihre Unterstützung in Empfang zu nehmen, da es sehr man, daß die Unterstützung aus Mitteln der genannten Kasse erfolge, während die arbeitlosen Mitglieder der Kasse nichts erhalten sollten. Berechtigterweise entrüsteten sich darüber die gutgläubigen Mitglieder der sogenannten „gelben Kasse“, denn Herr Kienle glänzte in der Öffentlichkeit als Wohlthäter, benutzte aber die Helfer der Kasse für die Wohlthäter. Der Unwille der Arbeiter drang wohl auch bis zum Exon dieses Gewaltigen, denn 14 Tage später erschien ein weiteres Eingekandt, nach dem auch die Mitglieder der Unterstützungskasse eine Unterstützung erhalten sollten. Dabei prüft der Herr aber zunächst die Bedürftigkeit in einer Weise, die vielfach wiederum den Unwillen der Arbeiter hervorrief. Dabei ist nicht zu vergessen, daß nach dem Statut niemand ein Recht auf Unterstützung im Falle der Not hat, denn es ist lediglich eine Kranken- und Invalidenhilfskasse, gegründet, um die Arbeiter von der Gewerkschaft fern zu halten. Die Firma Fröh Wauthe, die zweigleichte am Orte, mit gewöhnlich 1000 Beschäftigten, schloß ebenfalls sofort den ganzen Betrieb. Auch dort erlebten die Arbeiter eine gründliche Enttäuschung. Statt der vielfach erfolgten Anregung Gehör zu schenken und der ohnehin finanzschwachen Gemeinde Mittel für die Unterstützung notleidender Gemeindeglieder zur Verfügung zu stellen, machte die Firma bekannt, daß sie an die Angehörigen ihrer im Felde stehenden Arbeiter und auch an heimatliche arbeitlose Familien Mittelstellen verabschieden wolle. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit, die sicherlich nicht einfach ist, soll es jedoch zu unangenehmen Ausritten gekommen sein. Eine Frau meldete sich zum Beispiel mit sechs Kindern zum Essen an. Ihr wurde erklärt, daß sie nur für drei Kinder Essen erhalten könne. Was sie mit den anderen drei anfangen soll, wurde ihr nicht gesagt. Ferner sollen begüterte Familien aus den umliegenden Dörfern zum Empfang der Speisen zugelassen, tatsächlich Bedürftige von Schwenningen selbst aber zurückgewiesen worden sein. Die Württembergische Uhrenfabrik W r l e s d h n e galt bisher als eine noble Firma. Sie entpuppte sich jedoch in dieser schlimmen Zeit als nicht besser wie die anderen. Eines Tages teilte sie einer Anzahl Arbeiter mit, wenn sie um den halben Lohn arbeiten wollten, könnten sie die Arbeit aufnehmen. Es melbten sich leider auch einige. Darüber regten sich nun hoch die übrigen Arbeiter auf und schimpften herzhast in den Wirtschaften und auf der Straße, wo die Leute gruppenweise zusammenkamen. Die Firma entließ hierauf die Arbeiter wieder mit dem Bemerkten, sie wolle nicht in den Not gezwungen sein. Den ins Feld eingekandten Arbeitern und auch den durch die Schließung der Fabrik arbeitslos gewordenen hat man zum größten Teil ihren verdienten Lohn der letzten Woche nicht ausbezahlt. Kam ein Arbeiter oder eine Angehörige eines Eingekandten und wollte das Geld holen, dann fragte man, inwieweit gewährt wird, 5 oder 10 M. Die Firma stellt sich hier als Zwangsbormund der Arbeiter auf und leider lassen sich viele auch mit einer Mißbilligung abspellen. Die Firma Th. E. Haller bezahlt den wenigen Beschäftigten auch nur 3 M. täglich und beweist damit, daß der Kommerzienrat nicht mit Summen erkaufen zu werden braucht. Herr Haller bezahlt wohl den ins Feld eingekandten Arbeitern ein „Zehrgeld“ von 20 M. aus (allgemein wurde von ihm etwas mehr freigiebigkeit erteilt), aber für die Arbeitslosen tut er gar nichts. Die Metallwarenfabrik des Herrn Joh. F a l l e tut ihre Bestimmung auf folgende Weise kund. Sie erließ vor etwa einer Woche ein Eingekandt in den Zeitungen, worin den Mitgliedern der Betriebskrankenkasse mitgeteilt wird, daß sie von der Firma aus als Mitglieder weitergeführt und die Beiträge von ihr bezahlt werden — ein lobenswerter Entschluß. Als aber einige Arbeiter kamen und sich krank melben wollten, wurden sie abgewiesen mit der Bemerkung, daß jetzt kein Krankengeld bezahlt werden könne. Für die Angehörigen der eingekandten Arbeiter und für die Arbeitslosen ist von dieser Firma nichts zu sehen. — Dieses traurige Bild, das der Geist der Uhrenindustriellen treffend kennzeichnet, übergeben wir hiermit der Öffentlichkeit. Alle Wagnisse der Reichs- und Landesregierung sowie der Unternehmensverbände, durch ausgedehnte Maßnahmen die Not im Innern des Landes zu beschwären und vor allem die Schließung der Betriebe zu vermeiden, keine Vorfürungen vorzunehmen, lesen diese Herren und bescheit. Nach der jüngst veröffentlichten Statistik haben in Schwenningen allein neun Millionen, darunter sieben Millionen, Angehörige dieser Kategorie ist es geradezu bedauernd, wie die Stadtverwaltung in Geldnöten ist und bis heute noch keinen rühmlichen Fortschritt zu der Reichsunterstützung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer ausbezahlen konnte. Nur mit Mühe kann eine verhältnismäßig kleine Anzahl Arbeiter für Gemeindeglieder angestellt werden. Als im Gemeinderat diese Dinge besprochen und an die anwesenden Fabrikanten das Ersuchen gerichtet wurde, Mittel bereit zu stellen zu einer gemeinsamen Hilfsaktion für alle bedürftigen Gemeindeglieder, da hatte man nur ein Achselzucken übrig. Jeder will nur für sich Wohlthäter sein. Für die notleidende Allgemeinheit haben diese Leute kein Herz. Wägen diese herrlichen Erfolge endlich der Arbeiterchaft der Uhrenindustrie die Augen öffnen und sie den einzig wahren Freunden der Arbeiter, den gewerkschaftlichen Organisationen zuführen, dann brauchen sie nicht wie heute noch um Unterstützung zu betteln.

Rundschau.

Falsche Arbeiterpolitik in Belgien.
Unter dieser Überschrift bringt die Deutsche Arbeiter-Zeitung einen Artikel der belgischen Arbeiter-Zeitung, der sich zunächst mit den mancherlei Mißnahmen für die Familien der ins Feld gezogenen Krieger beschäftigt. Da lesen wir:

„Und alles müht sich ab, um die Not dieser Frauen und ihrer Kinder zu mildern, die ihres Ernährers zurzeit beraubt sind. Das klingt alles recht schön und gut. Und doch vermögen wir belgischen gegen diese einseitige Bevorzugung eines Teiles unserer Bevölkerung nicht zu unterbreiten. Man bedenke, wie viele Hungerkinder, die nicht kriegerisch sind und deren Angehörige daher keine Kriegsgeldzuschüsse erhalten, schon durch ihre eigene körperliche Krankheit und jetzt durch die Einstellung so zahlreicher Betriebe, durch die Verminderung des Personals und durch die Veränderungen, die unser ganzes Wirtschaftsleben mit einem Schlag erfahren hat, brotlos geworden oder geworden sind. Wer in den Arbeitsnachwehstellen gesehen hat, wie Männer mit grauen Haaren, Knaben mit bleichem, schmalen Gesicht, gutgekleidete Jünglinge ohne Zaudern sich zu schwerer, ungewohnter Erntearbeit drängen, oft stehenden Fußes sich bereit erklären, mit dem Agenten öpereichlicher Landwirte die beschwerliche Reise nach der russischen, so sehr gefährlichen Grenze anzutreten, ohne nach der Höhe des Lohnes zu fragen (manchmal sollen es neben freier Station nur 50 S. für den Tag sein!), wer sieht, wie Frauen und Mädchen in hübschen hellen Kleidern und mit schmutzen Sälen sich zu jeder Arbeit bereit erklären, der ist erstaunt darüber, wieviel Arbeitslosigkeit und Ernährungsangel schon heute herrscht, wo doch die Tausende galizischer und russischer Arbeiter weggezogen sind und so deren Wettbewerb fortgefallen ist. Auf tausende Nachfragefragen kommt es in Belgien von Arbeitgelegenheiten. — Und schon erhebt sich die erste Frage: Ist es richtig, in erster Linie die immerhin entgangenen vor Not geschützten Familien der Krieger zu unterstützen? Schon wurden Bedenken laut in der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Berlin. Schon spricht man im Volke mit Recht, ja mit Erbitterung von der Bevorzugung jener Familien, während andere Tausende nichts, gar nichts haben und bestenfalls auf die von vielen so sehr gefürchtete und doch nie aussetzende Armenunterstützung verwiesen sind, bis zu deren Gewährung oft Wochen verstreichen. Ja, man hört schon dunkle Andeutungen, man werde, wenn das so weitergeht mit der Arbeitsnot, die Schaffnerinnen der Straßenbahn von den Wagen herunterreißen, damit sie von den brotlos gewordenen dahelmgeliebten Männern befehligt werden! Die Gefahr in der U r u h e n infolge des Arbeitsmangels darf nicht unterschätzt werden. Wägen eines Krieges, in dem unser ganzes Volk den Feld des Lebens bis zur Neige wird auskosten, in dem auch das Letzte nicht gespart werden müssen. — Und weiter ist es unser Erachtens vollkommen falsch, wenn alle frei gewordenen Stellen mit freiwilligen Vaterlandsfreunden, deren Patriotismus gewiß zu loben ist, besetzt werden. Wenn man hört, daß Gymnasialisten und „höhere Fächer“, die dem Landmann keinerlei Nutzen bringen können, sondern nur Kosten verursachen und das Erntegut, dessen technische Behandlung ihnen vollkommen fremd ist, nur entwerfen, die Erntearbeit als gesunde und billige Sommerfrische betrachten, daß Pastoren Volkshilfsdienste übernehmen (statt ihre Gläubigen zu besuchen und zu trösten), Professoren Subalternstellen in den Zentralbehörden vertuschen wollen, während Hunderttausende für diese Arbeit geschulter Kräfte zur Verfügung stehen, die über Hunger kammern, dann muß man sagen, auch dieser Weg, unserm Lande zu helfen, ist verfehlt. Erst wenn das Reich, der Staat, die Gemeinde bankrott sind, erst dann darf er die unentgeltlichen Leistungen seiner Bürger annehmen. Vorher aber muß er Arbeit schaffen, Proterwerb gewähren, der Not vorbeugen, ehe sich das Gepeinert der Hungernot, der Unzufriedenheit, der Erbitterung, ja, was Gott verhüten möge, des Aufstandes im Innern zeigt. Fort mit falscher Humanität, fort mit jener falschen Fürsorge und falschen Selbsthingabe, die den Berechtigten das Brot wegnimmt! Videant consules...“

Wir haben gehört, daß die Behörden die Vorschläge der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zur Milderung der wirtschaftlichen Noie des Landes feindsüchtig aufgenommen haben. Aber damit ist allein noch wenig getan. Es wäre zu wünschen, daß der Vorrat der Unternehmer eine tiefere Wirkung auf die in Frage kommenden Kreise machte. Solange Arbeitslose übergenug zur Verfügung stehen, ist es ja gewiß verfehlt, Frauen von eingezogenen Arbeitern neben anderen Quasifabriken mit Arbeit zu beschäftigen, an die sie sonst nicht denken und die mit vielem Grund von den Arbeitern als ein Verstoß gegen die Moral angesehen werden, die auf jeden Fall Lohnentnahmen haben müssen, um sich und ihre Familien über die schlimme Zeit hinwegbringen zu können. Aber im Übrigen kann keine Rede davon sein, daß für die Frauen der zur Fabrik einberufenen vermögenslosen Leute zu gut gesorgt sei. Es scheint fast, als beschränkten manche Unternehmerrunde, daß der Umfang, in dem für diese Familien gesorgt wird, auf die Ansprüche zurückzuführen könnte, die die Arbeitslosen stellen. Für die Familien der zur Fabrik eingezogenen wird nicht zu viel getan, aber für die Arbeitslosen, für die die Not so gut wie gar nichts gesehen ist, muß bedeuten mehr getan werden. Jetzt zeigt sich, welche schwere Schuld es ist, daß die Gegner der reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung bis jetzt noch kein Wort über die Not der Arbeiter und die Grobkapitalisten beim Ausbruch der Kriegswirren ihre Kapitalisten zu einem großen Teil abzuwenden zurückgehen, verschuldeten sich die Arbeiter für das arme Volk ungemessen. Die Grobkapitalisten haben Zeit, geruhsam zuzusehen, sie können es auskosten, aber die Arbeiter und alle mittellose kleinen Leute können es nicht auskosten, sie können sich das Vermögen, auf längere Zeit arbeitslos zu sein oder zu werden, nicht leisten, weil da bald die bittere Not an die Türen pocht. Sind die Unternehmer nicht zu bewegen, aus patriotischen Gründen, wenn auch mit ungewohnter Ausficht auf Gewinn, die Betriebe zu öffnen und offen zu halten, dann müssen die öffentlichen Behörden eingreifen. Große Arbeiten sind in allen Städten und Bezirken genug auszuführen. Wegen der Geldfrage können sich Reich, Staat und Gemeinden, wenn sie sich selbst bedrückt fühlen, an die Kreise der Wehrbeiträge selbst zu wenden. Es ist den Arbeitern ja alle Zeit vorzuziehen worden, wie ungeheuer das Volkvermögen gestiegen und wie reich Deutschland sei. Wägen nun die Arbeiter angedrückt werden, die den allergrößten Teil dieses Reichtums an sich gebracht haben, und um so schärfer, je rascher sie mit dem Gelde aus der Güterzeugung flüchten, als der Krieg mit seinem Leib über das arbeitende Volk hereinbrach.

Gewerkschaften keine politischen Vereine.

Anfang April dieses Jahres erließ der Polizeipräsident in Berlin eine Verfügung an den Deutschen Holzarbeiterverband, den Deutschen Landarbeiterverband, den Deutschen Transportarbeiterverband sowie an die Berliner Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Fabrikarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Zimmerer, wonach diese sechs Gewerkschaften als politische Vereine anzusehen und deshalb ihre Satzungen sowie ein Verzeichnis ihrer Vorstandsmitglieder eingereicht werden mußten. Die sechs Verbände erhoben gegen diese Verfügungen Klage beim Bezirksauschuss. Diese Klagen haben ihre Erledigung jetzt dadurch gefunden, daß der Polizeipräsident zu Berlin nach der beim Anwalt der sechs Verbände gemachten Mitteilung die Zurücknahme der Verfügungen angeordnet hat.

Zusammenarbeit der Unternehmer- und Schiffsorganisations im Malergewerbe.

Auf eine Anregung des Vorstandes des Verbandes der Maler beim Unternehmerverband dieses Gewerbes fand am 28. August zwischen dem Reichsstarbeiterverband im Malergewerbe beteiligten Organisationen eine Zusammenkunft statt, in der beraten wurde über Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, zur Aufrechterhaltung der tariflichen Löhne, zur Verkürzung der Arbeitszeit, zur Befestigung aller Arbeiter- und Sonntagarbeit und anderer mehr. Schließlich einigten sich die Organisationsvertreter dahin, daß der Unternehmerverband einen Antrag an die Malermeister erließ, in dem es heißt:

„Zwingend müssen wir warnen, an dem herbeiziehenden Reichsstarbeitervertrag zu rütteln. Der Krieg hat diesen Vertrag nicht aufgehoben, er besteht, wie alle Verträge im Reichleben, weiter. Auch sogenannte Notstandsarbeiten können ihn nicht außer Kraft setzen. Wir empfehlen unseren Mitgliedern weiter, die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu

berufenen, um so für die arbeitslosen Gehilfen wenigstens teilweise Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die vielfach an uns gestellten Anfragen (1), ob während des Krieges niedrigere Löhne gezahlt werden können, müssen wir auf das entschiedenste verneinen. Es wäre unmoralisch und höchst unpatriotisch, wenn Arbeitgeber die Notlage der Arbeiter auszunutzen wollten, um die Löhne herunterzubringen. Die Verteuerung der Lebensmittel wirkt auf unsere Gehilfen um so mehr, als diese infolge der schlechten Arbeitsgelegenheit in den letzten Jahren Ersparrnisse nicht machen konnten. Jeder Gehilfe, der sich zu niedrigeren Löhnen anbietet als der Tarifess vorzieht, macht seinen Kollegen genau so Konkurrenz als die uns leider durch unsere Fachpresse so oft gekennzeichneten Meister. Wenn wir auf der einen Seite solche Handlungsmotive verurteilen, dürfen wir sie andererseits nicht gutheißen, um so mehr, als Angebote der Gehilfen auf Lohnminderung nur durch die äußerste Not hervorgerufen werden können. Alle selbstverständlich muß es gelten, daß in der letzten Zeit der Arbeitslosigkeit Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu unterbleiben haben."

In dem Antrufe wird weiter bestimmt, daß die Vorstände der Unternehmerorganisationen an den einzelnen Orten unverzüglich mit den Gehilfenorganisationen über die Verfürgung der Arbeitszeit, möglichst auf die im Winter übliche — die meist 7 Stunden betragende — und über die sonstigen vereinbarten Maßnahmen zu verhandeln haben. Ferner wurde befohlen, allen Staats- und kaiserlichen Behörden eine Eingabe zu übermitteln, in der ersucht wird, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Darin heißt es unter anderem: "Dankbar erkennen wir an, daß von den Staatsbehörden und einer Reihe Gemeindevorstellungen verfügt worden ist, daß alle projektieren Bauarbeiten unverzüglich wieder in Angriff genommen werden sollen. Von diesen Arbeiten bekommt naturgemäß das Malergewerbe aber erst in späterer Zeit einen Anteil ab. Schon jetzt ist die Hälfte der im Beruf tätigen Arbeitnehmer brotlos und alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Arbeitslosigkeit noch einen größeren Umfang annehmen wird. Wir bitten daher, nach Möglichkeit alle Renovierungsarbeiten an städtischen und staatlichen Bauwerken jetzt vorzunehmen zu lassen." — In der Eingabe wird dann noch auf die stattfindende Arbeitszeitverkürzung und auf die Unzulässigkeit von Ueberstunden und Sonntagsarbeit hingewiesen und eruchtet, Arbeiten nur an tarifstreuen Unternehmern zu vergeben. Da der Bund deutscher Dekorationsmaler vorher schon in ähnlichem Sinne gewirkt hat und jedenfalls die dem Reichsstatistik nach fernstehenden westdeutschen Malermeister dem Vorgehen ebenfalls sympathisch gegenübersehen, wird die vom Verband der Maler angeregte Maßnahme sicher Erfolg haben.

Pflichten nach dem Kriege.

Das Berliner Tageblatt bringt in seiner Wiederausgabe vom 9. September einen Aufsatz aus einem Aufsatz über die Sozialdemokraten und den Krieg, den der Geheimrat Admiralitätsrat a. D. Paul u. Koch in der freirepublikanischen Wochenschrift Das neue Deutschland veröffentlicht hat. Er lautet:

"Eine heilige Pflicht aber wird es sein, wenn unsere Krieger und Landwehrleute, die Grenadiere und Musketiere, die Artilleristen und Pioniere, die Dragoner und Männen, die Flieger und Offiziere und mit ihnen die Matrosen und Seizer das selbige Ehrenkleid wieder ablegen, dafür zu sorgen und allen Fleiß daranzusetzen, die Gemüts- und geistigen Kräfte der Soldaten zu befestigen. Wohl schreiten wir voran auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, das ist der Hauptgrund des gelungnen Erfolges der Briten, aber auch bei uns ist es noch möglich und nötig, noch Mannigfaltiges zu leisten, damit der wirtschaftliche Erfolg mit möglichst geringen Unkosten besetzt wird, und damit dem Arbeiter ein möglichst großer Anteil vom Werte seines Arbeitsergebnisses zugewendet werden kann."

Dem heiligen Bureaustatus sind wir mancherlei Abbitte schuldig, nur durch unsere strenge Ordnung und durch die vorbehaltslose Gewöhnung an die Pflicht war es möglich, unseren Aufmarsch und die Ueberleitung in die Kriegsverhältnisse auf allen Gebieten so ohne irgendwelche Störung durchzuführen.

Wer aber gerecht und ehrlich ist, der weiß, daß noch allenthalben trotz aller Vertriebenheit veraltete Anschauung, Pöppel und Schandtrieb die Erreichung des höchsten Erfolges verhindern und daß viel gesündigt ist, intra et extramuros, in bester Absicht vielleicht und in erklärlicher Verdammung, und daß wir dadurch dem Heide und dem Spitz auch im Kreise unserer Volksgenossen allzu reichliche Nahrung bieten."

Das hört sich alles sehr schön an. Hoffen wir, daß die Materie und die Behörden nach dem Kriege dementsprechend handeln. Die Arbeiter werden gerne mit sich reden lassen.

Kriegsfürsorge.

Die Ortsgruppe Nürnberg des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller übernahm dem vorigen Kriegsfürsorgeamt 2 im August 6000 M zur Bewährung von Hilfsmitteln an Lebensmitteln. Weiter sollte sie eine eigene Kommission ein, die am 7. September mit der Auszahlung an hiesigen Unternehmern aufging.

Aber auch die Arbeiter sind nicht möglich. Aus verschiedenen Orten wird mitgeteilt, daß die Arbeiter in Besammlungen einmütig beschließen haben, einen bestimmten Teil ihres Lohnes zu Unterhaltungsarbeiten abzugeben und ihn bei der Verköstigung gleich abzugeben zu lassen. Wiederholt haben auch Unternehmer sich bereit erklärt, die auf diese Weise zusammenkommenden Summen durch nachlässige Maßregeln aus ihren Kassen zu erheben.

Dies sind Beispiele, die sich bei vielen Städten zum Vorschein bringen, die bisher wenig oder gar nichts zur Vindikation der Kriegsnote getan haben. Wenn Deutschland unterläge, so müßten sie anders aussehen.

Verbot des Branntweineinfuhrs.

In Bezirke der Stadt Bielefeld ist der Verkauf von Branntwein jeglicher Art zum alsbaldigen Gewahrsam übergeben worden. Nach der Branntweinverordnung über die Strafe ist ganz weisunglos eingegriffen worden. Es ist nur der Verkauf von Spirituosen in verpackten oder verpackten Flaschen zulässig, wenn diese Flaschen mindestens einen Liter Inhalt haben und der Wertpreis mindestens 1,80 M beträgt. In den Schaustuben sowie in den mit diesen unmittelbaren verbundenen Räumen dürfen Branntwein und Branntweingläser nicht aufbewahrt werden. Zuwiderhandlungen ziehen außer Bestrafung sofortige Schließung der Schaustube nach sich. Es wäre erfindlich, wenn diese Maßnahme eine dauernde Einwirkung des Branntweineinfuhrs zur Folge hätte.

Au die Bucher.

Es haben die Händler eine geschändliche Regel unter sich: Ich will meine Ware so teuer verkaufen als möglich. Das heißt sie für ein Recht. Damit ist aber dem Geld keine Gewalt und der Hölle alle Türen und Fenster aufgetan. Denn was heißt das anders, als: Ich frage nichts nach meinem Nutzen; wenn ich nur meinen Gewinn habe, geht mich nichts an, wenn ich meinen Nächsten zehnmal Schaden tue? Da heißt es, wie dieser Spruch lautet, nicht um gegen die geschändliche Liebe, sondern auch gegen das menschliche Gefühl verstoßen. Das kann noch weiter und ohne Ende im Sonder sein, wenn sich nicht ein Kompromiß und seine Regel ist? Es kann denn der Handel nichts anderes sein als: den anderen ihr Gut tunen und helfen. Denn wenn das Schicksal und der Gehalt gleich gemacht wird, daß man seine Ware haben mag, aber daß der Käufer nur so und so viel mag, dann macht er sich das gerade und verkauft die Ware. Da heißt er nicht auf ihre Güte oder auf ihren Preis und nicht auf die Liebe, sondern einfach auf die Not und darauf, daß er seinen, nicht, um ihn zu helfen, sondern um Vorteil daraus zu ziehen. Und mag dies auch den Geld die Ware um so viel mehr

Wert haben, als der Nächste Not leidet. Sage mir, heißt das nicht unchristlich und unmenschlich gehandelt? Muß da nicht der arme seine eigene Not noch kaufen? Die Folgeschäden, das sind alles öffentliche Diebe, Räuber und Wucherer.

Diese Leute sind nicht wert, daß sie Menschen heißen oder unter Menschen wohnen; ja sie sind's nicht mal wert, daß man sie unterweist oder ermahnt, da der Reib und Geld hier so groß und unverzähmt ist, daß er mit seinem eigenen Schaben andere zu Schaben bringt, damit er allein auf dem Plage sei. Martin Luther.

Vom Ausland.

Finnland.

Metallarbetern, das Verbandsblatt unserer schwedischen Kollegen, brachte in seiner Nr. 7 von diesem Jahre eine Uebersicht über die Entwicklung der finnischen Metallarbeiterorganisationen, der wir folgendes entnehmen:

Die Anfänge der Metallarbeiterorganisation liegen ein Vierteljahrhundert zurück. Damals entstanden in einigen Städten Fachvereine, denen Arbeiter und Unternehmer angehörten. Solche Vereine waren natürlich nicht geeignet, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Da sich aber immer mehr Arbeiter aufnehmen ließen, so kamen die Vereine doch dazu, sich damit befassen zu müssen. Dieses passte natürlich den Unternehmern nicht. Immerhin dauerte es zehn Jahre, bis reine Bahn geschaffen wurde. Vom 21. bis zum 23. Juni 1899 fand in Helsingfors eine von 41 Teilnehmern aus 19 Orten besuchte Metallarbeiterkonferenz statt, die beschloß, einen das ganze Land umfassenden Eisen- und Metallarbeiter-Verband zu gründen. Weiter erörterte man unter anderem die Gesundheitsverhältnisse in den Betrieben, das Lehrlingswesen, die Erhöhung der Berufszugehörigkeit, die Nüchternheitsbewegung, den Mindestlohn, den Feiertagslohn, die Gründung einer Arbeitslosenliste, die Beschaffung technischer Lehrwerke in finnischer Sprache, die Arbeitsordnungen in den Betrieben, Aufnahme von Statistik über die Arbeitsverhältnisse, Gründung eines eigenen Fachblattes, Einschränkung und höhere Bezahlung der Ueberstunden.

In der ersten Zeit konnte der junge Verband natürlich nicht viel ausrichten, um so mehr, weil die Vorstände oft wechselten. In Helsingfors und Abo brachen Streiks aus, die man durch Sammlungen zu unterstützen suchte. Ein eigenes Blatt mit dem Namen Linnarinen erschien monatlich. Darauf und auf die notwendige Agitation beschränkte sich hauptsächlich die Verbandsstätigkeit. Eine zweite Versammlung von Abgeordneten des Verbandes fand in Tammerfors statt. Es waren aber nur 21 aus 15 Abteilungen. Beschlossen wurde, für jedes Mitglied jährlich 50 Penni an die Hauptkasse abzuliefern (1 finnische Markka = 81 S, hat 100 Penni). In die Arbeitslosenliste sollten monatlich 10 Penni gezahlt werden. Auf Antrag des Vereines der Klempner, Kesselschmiede und Kupferschmiede erklärte die Zusammenkunft für wünschenswert, daß die verschiedenen Berufszweige nicht eigene Verbände gründen, sondern einen gemeinsamen Industrieverband. Dieser Beschluß blieb jedoch nur auf dem Papier stehen und noch bis in die letzte Zeit hielten sogar die genannten drei Berufszweige an ihrem Sonderverband fest.

In den folgenden Jahren erwachte die politische Reaktion die Tätigkeit. 1900 hatte der Verband 572 Mitglieder, 1901 564 und 1902 nur 464. Auch die Beitragsleistung war unregelmäßig. Das Verbandsblatt konnte aus Mangel an Geld nicht weiter erscheinen. 1903 fand in Wiborg wieder ein Verbandstag statt, der von 17 Vertretern aus 13 Abteilungen besucht war. Mehrere gute Beschlüsse wurden zwar gefaßt, allein die folgenden Unglücksjahre hinderten ihre Ausführung. In den nächsten drei Jahren verlor der Verband alle Bedeutung. Planlose Streiks brachen aus, bei denen man sich des Verbandes nicht mehr annehmen wollte. Der Vorstand tat, was in seinen Kräften stand, indem er Sammlungen veranstaltete. Immerhin kam mit der Zeit ein neuer Aufschwung und es bildeten sich drückende Zusammenkünfte. Diese lud der Vorstand zum vierten Verbandstag ein, der am 10. Februar in Tammerfors stattfand. Es kamen 67 Vertreter aus 51 Organisationen. Nummer gründete man den Finnischen Metallarbeiterverband. Das Eintrittsgeld sollte 50 Penni betragen, der monatliche Verbandsbeitrag 25 Penni. Ferner sollte jedes Mitglied ein halbes Prozent seines Einkommens in eine Unterhaltungskasse zahlen zur Unterstützung von Arbeitslosen, Streikenden und Ausgewanderten. Als Grundlohn wurden 20 000 Markka bestimmt, die dadurch aufgebracht werden sollten, daß jedes Mitglied beim Eintritt einen Tagelohn einzahlte. Zum Vorstehen wurde der Former A. Vattanen gewählt.

Sobald darauf hatte der Verband in Helsingfors eine Aussperrung auszuhalten, die 19 Wochen dauerte und mit einem Vertragsantrittschluß endigte, dem ersten, den der Verband eingehen konnte. Nichtsahnender gab es selbst während dieses Kampfes Uneinigkeit unter den Arbeitern. Es entstanden Sonderverbände der Klempner, Kesselschmiede und Kupferschmiede, ferner der Holzleger und der Elektrizitätsarbeiter. Es gab dann nicht weniger als sechs Verbände in der Metallindustrie. Natürlich waren diese Sonderverbände zum Teil zur Unterstützung der Arbeiter, während es dem Metallarbeiterverband möglich war, mehrere Kämpfe zu führen, teils mit Hilfe von Erntebeträgern, teils mit Unterstützung vom Ausland. 1908 brachen Streiks aus in Jakobstad und Tammerfors. Gegen Ende des Jahres antworteten die Unternehmer mit einer allgemeinen Aussperrung. Es kam jedoch noch sechs Wochen zum Abschluß eines Vertrages. Aus Lamen noch mehrere andere Streiks vor, die teilweise erfolgreich endigten, so daß am Schluß des Jahres 25 Verträge liefen, die für 1402 Organisierte und mehrere tausend Unorganisierte galten. Diese Kämpfe stellten natürlich große Forderungen an den Verband, aber er konnte ihnen nachkommen. Der Verband hatte 1908 in 62 Abteilungen 2615 Mitglieder. Im selben Jahre hielt er auch in Lahti einen Verbandstag ab. Dieser beschloß, zwei Kollegen fest anzustellen. Gewählt wurden S. Saganen als Vorsitzender und G. Lamander als Kassierer. Dieser trat schon 1909 zurück. An seine Stelle kam E. Lamppu. Der Verbandstag sollte das Eintrittsgeld auf 3 Markka für vollqualifizierte Mitglieder fest auf 1 Markka 50 Penni für halbbildende. Das neue bisher vierjährig erscheinende Verbandsblatt Metalltyöläinen sollte fortan monatlich erscheinen. Ebenfalls beschloß der Verband den Anschluß an den Internationalen Metallarbeiter-Bund und an den Finnischen Gewerkschaftsbund.

Das Jahr 1909 begann mit einem allgemeinen Metallarbeiterstreik in Helsingfors, den die Unternehmer mit heftiger Gegenwehr beantworteten. Nachdem diese sich bereit erklärt hatten, den Vertrag zu erneuern, brachen sie ihr Versprechen und der Vertrag von 1906 ging verloren. Außerdem noch einige andere Streiks verloren gegangen waren, soßen die Kollegen ein, daß ein fester Zusammenhalt nötig sei; einige der kleinen Verbände verbanden dem Schicksal und ihre Mitglieder schlossen sich dem Metallarbeiterverband an. Nur der Verband der Klempner, Kessel- und Kupferschmiede blieb. Immerhin versuchten die Beschäftigten nicht den Schaben gutzumachen, den die verlorenen Streiks verursachten und die Mitgliederzahl ging zurück auf 2001. Das Jahr 1910 war ruhiger, obwohl einige kleinere Streiks vorkamen. Es herrschte aber in große Zufriedenheit, daß die Mitgliederzahl auf 1623 gestiegen. Die Zahl der Verbandsmitglieder waren bei jedem auf 71 gestiegen. Der in diesem Jahre abgeschlossene Vertrag betrug 30 Markka für halbbildende und 15 Penni für halbbildende Mitglieder fest. In den vollqualifizierten gehörten alle Mitglieder mit einem Einkommen von 30 Penni und mehr.

Während der Jahre 1910 bis 1913 arbeitete der Verband an seiner letzten Organisation, obwohl es auch in dieser Zeit an Arbeitslosigkeit nicht fehlte. Es handelte sich hauptsächlich darum, die Metallarbeiter mit dem Verband zu scharen. Die Mitgliederzahl stieg denn auch soweit, daß der Verband die jährliche Gewerkschaftsumme wurde. Nur der Eisenindustrieverband war geringer. Auch seine Unterhaltungsleistungen wurden angeblich durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung und des Sondergeldes. Der Verband bezieht auf einem Verzeichnis mit 67 Mitgliedern, die aus den ver-

schiedenen Berufen gewählt werden. Die größten Verbandsabteilungen befanden sich in Tammerfors, Koska, Abo und Wasa. 1913 schloß der Verband mit den skandinavischen Bruderverbänden ein Uebereinkommen ab. Auch trat er mit dem Internationalen Metallarbeiter-Bund in Verhandlungen wegen gegenseitiger Unterstützung.

Dieser Bericht war schon einige Monate vor Ausbruch des Krieges geschrieben. Immerhin erschien er uns auch jetzt noch lesenswert. Hoffentlich bringt der Krieg auch unseren finnischen Kollegen Befreiung vom moskowitzischen Jarenloch.

Norwegen.

Nach dem vor einigen Monaten erschienenen Jahrbuch des Norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes für 1913 sah der auf dem im Juni 1912 abgehaltenen Verbandstag gewählte Vorsitzende Hans Kristiansen sich etwa ein Jahr später durch ein Verbleiben veranlaßt, von seinem Amte zurückzutreten. An seine Stelle kam durch Neuwahl Alf Knudsen, der schon dem Vorstand angehört und in dessen bisherige Stelle der Gesammann Eddard Wilberg rückte. Im vergangenen Jahre ereigneten sich nur wenig Arbeitsstreiks und die neu abgeschlossenen Verträge umfassen auch nur wenige Mitglieder (13 Verträge für 408 Arbeiter, davon 330 Mitglieder). Von diesen wurden 8 ohne Arbeitsstellen erreicht und bei 5 war eine solche nötig. Der bedeutendste Vertrag war der in den Salpeterfabriken zu Notodden, der ohne Arbeitsstellen erreicht wurde. Er umfaßte 155 Arbeiter, davon 129 Mitglieder. Ein zweiwöchiger Streik war für den Holzlegervertrag in Trondhjem nötig (55 Arbeiter, davon 50 Mitglieder). Einige Streiks dauerten ziemlich lange, so der in der Holzfabrik von Mustad & Söns in Lyfjaker (15 Wochen) und der in der Kupferschmiederei von S. Olsen in Christiana (11 Wochen). Schon im Jahre 1912 hatte der Verband über das Linsos-Eisenwerk die Sperre verhängt, und zwar geschah dies nur, weil dort die Holzarbeiter streikten. Diese Sperre bestand während des ganzen Jahres 1913. Der Unternehmerverband erklärte dies für einen Vertragsbruch und verklagte den Metallarbeiter-Verband. Darauf wandte dieser sich an den Gesamtverband der Gewerkschaften, damit die Sperre zum Abschluß komme. Der Gesamtverband konnte keine Veränderung herbeiführen und so nahm die Klage ihren Lauf. Am Ende des Jahres war noch kein Urteil ergangen. Sämtliche Arbeitsstellen verloren durch den Verlust von 7113 Arbeitstagen; auf jedes Mitglied kam 0,56 Arbeitstagen.

Außerdem hatte der Vorstand noch manche andere Arbeitsstellen zu erledigen. Darüber sagt er:

"Die meisten dieser Arbeitsstellen drehten sich um die Auslegung oder um mangelhafte Innehaltung der Verträge. Bei den meisten der aus diesem Anlaß geführten Verhandlungen mußten wir uns aber leider sagen, daß wir uns hatten hineinlegen lassen, was besonders davon kam, daß unsere Mitglieder uns nur mangelhaft, ja teilweise sogar falsch berichtet hatten. Wir müssen sorgen, daß dies künftig nicht mehr vorkommt. Jede Niederlage — und wenn es sich auch nur um Kleinigkeiten handelt — bedeutet eine Schwächung unserer Stellung gegenüber unseren Gegnern und wir müssen aufs Inländische aufordern, daß man uns künftig möglichst vollständig und nur richtige Auskunft über die Sachen gibt, die der Vorstand zur Erledigung überwiesen erhält."

Im übrigen waren die Arbeitsverhältnisse während des abgelaufenen Vierteljahres gut. Nichtsdestoweniger wurde die Arbeitslosenliste so sehr in Anspruch genommen, daß die Einnahmen dieser Kasse nicht die Ausgaben decken konnten und es infolgedessen unmöglich war, Rücklagen für schlechtere Zeiten zu machen.

Das Jahrbuch berichtet sodann über 74 vom Vorstand erledigte Streikfälle.

Die übliche Lohnstatistik konnte im vorigen Jahre nicht durchgeführt werden, weil ein zu großer Teil der Mitglieder die Fragebogen nicht rechtzeitig zurückgab.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 11 997, am 31. Dezember 13 337, mithin ein Zuwachs von 1340. Die Zahl der Ein- oder Uebertritte betrug 5783; dem steht ein Abgang von 4443 Mitgliedern gegenüber. Am 1. Dezember 1913 hatte die Mitgliederzahl schon 13 397 betragen. Im Laufe des Monats trat jedoch ein Abgang ein.

Die Zahl der örtlichen Verbandsabteilungen betrug zu Anfang des Jahres 93; neun gegründet wurden, aufgelöst wurde 1, so daß die Zahl am Ende des Jahres auf 101 gestiegen war. Sie hatten eine Gesamteinnahme von 63 175,35 Kronen und eine Ausgabe von 59 926,45. In ihren Kassen hatten sie am Ende des Jahres 25 416,97 Kronen. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 83 757,29 Kronen, davon 53 579,27 als Staatsbeitrag zur Unterstützung arbeitsloser Mitglieder. Die Ausgabe betrug 567 688,53 Kronen, der Kassenbestand stieg von 528 291,31 auf 624 360,07 Kronen.

Verbands-Anzelgen.

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgehen.)

Samstag, 19. September: **Neu-Stuppin.** Germania, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 24. September: **Gegendingen.** Zum Stahlwerk, 8.

Samstag, 26. September: **Altenburg** (Helmontenure). Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.

Waldau. Bornwärd, halb 9 Uhr.

Wiesbaden. Prinz v. Preußen, 1/8.

Wiesbaden. Gesellschaftsbrauerei, 8.

Worms. Eisenfeld (Heizungsmont.), 1/8.

Worms. Gewerksch., Worms, 1/8.

Worms. Bitterfeld-Greppin-Wolfsen. Prinz von Preußen, halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Pauli, Rottstr. 1/8.

Worms. (Hornen u. Gießerei). Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Laufersied, Auf dem Berge, halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Selen, halb 9 Uhr.

Worms. (Schleifer). Zaunus, 8.

Worms. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.

Worms. Kaiser-Wilhelmshalle, 1/8.

Worms. (Dreher, Schlosser u. v. d. Berufe). Herz, halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Krause, halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Zum Sechshöfen, halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Freidrichsrode, 1/8.

Worms. (Schmiede). Halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Halb 9 Uhr.

Worms. (Schmiede). Halb 9 Uhr.

Montag, 28. September: **Breslau** (Klempner). Gewerkschaftsh., 8.

Breslau (Heizungsm.). Volkshaus, 1/8.

Dienstag, 29. September: **Breslau** (Schmiede). Gewerkschaftsh., 8.

Breslau (Elektronmont.). Volkshaus, 1/8.

Breslau (Klempner). Müller, Lohstr. 1/8.

Mittwoch, 30. September: **Breslau.** (Zigarettenmaschinen). Gewerkschaftshaus, 8 Uhr.

Samstag, 3. Oktober: **Bergedorf.** Deutsches Haus, halb 9.

Dortmund. (Schleifer). Wehr, Aplerbeck, halb 9 Uhr.

Dortmund. (Schmiede). Wöden, Löwen, 1/8.

Dortmund. (Schmiede). Brenne, halb 9.

Dortmund. (Schmiede). Rahn, halb 9.

Dortmund. (Schmiede). Schmettler, 1/8.

Dortmund. (Schmiede). Rhein. Freihilfsklub, 9 Uhr.

Sonntag, 4. Oktober: **Dortmund.** (Schmiede und Zuschläger). Verbandshaus, vorm. 10 Uhr.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Dortmund. (Schmiede). Schneider, 4.

Vertrauensleutezusammenkünfte.

Crefeld. Mittwoch, 30. September, abends 1/8 Uhr, im Volkshaus.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Gesetz. Die Adresse der Bezirksleitung ist jetzt: Zimmerhof 57, b. Sted. Zimmer 73.

Geforben.

Seit. Otto Gohrau, Metallarbeiter, 57 Jahre, Leberleiden.

Zentralarbeitsnachweis für Gravure und Ziselleure

10 Berlin C. 54, Eimennstraße 83/85. 00

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Röllstraße 15 B.